So gnadenlos späht Irans Regime die eigene Bevölkerung aus

US-Präsident Trump fordert die Iraner auf, das Regime zu stürzen. Doch die Führung in Teheran hat einen gigantischen Überwachungsapparat erschaffen. SPIEGEL-Recherchen gewähren Einblick in das Spähsystem der Mullahs.

Von Nikolai Antoniadis, Dajana Kollig, Hannes Munzinger, Frederik Obermaier, Fritz Schaap, Anna-Sophie Schneider und Hakan Tanriverdi

Die iranische Bevölkerung steht vor einer einmaligen Gelegenheit, die Machtverhältnisse im Land zu ändern. So zumindest sieht es Donald Trump. Der US-Präsident hat die Menschen in Iran seit Beginn seiner Offensive dazu aufgefordert, die Führung in Teheran zu stürzen. »Übernehmt die Regierung, wenn wir mit den Bombardierungen fertig sind, das ist wahrscheinlich eure einzige Chance auf Generationen hinaus«, sagte er am Wochenende. Die Stunde der Freiheit sei greifbar nah.

Gemeinsam mit Israel haben die USA am Samstag mit einem Angriff auf Iran begonnen. Ein Regimesturz durch Luftangriffe scheint allerdings nahezu unmöglich. Trump setzt dabei vor allem auf die Iranerinnen und Iraner im Land. Die Menschen sollen sich wohl erneut mit Massenprotesten gegen das brutale Regime erheben und den ersehnten Umsturz bewirken.

Dem iranischen Regime fehlt längst der Rückhalt in der Mehrheit der Bevölkerung, regelmäßig wird das Land von Protesten erschüttert. Die Verzweiflung war zuletzt so groß, dass sich manche Iraner und Iranerinnen eine Intervention von außen gewünscht hatten. Doch Trump hat sich den Menschen in Iran zuletzt als wenig vertrauenswürdig erwiesen.

Während der Massenproteste Anfang Januar versprach er den Demonstrierenden, Hilfe sei auf dem Weg. Kurz darauf blockierte das Regime die Kommunikation mit dem Ausland und begann damit , massenhaft Menschen zu töten. Der versprochene Beistand aus Washington blieb damals aus. Das Regime zeigte, wie weit es im Kampf um das eigene Überleben zu gehen bereit ist.

Es schlug die Proteste mit bisher ungekannter Gewalt nieder. Einige Schätzungen gehen mittlerweile von Zehntausenden Opfern innerhalb weniger Tage aus. Zahlreiche Augenzeugenberichte, Videomaterial und Aufzeichnungen von Menschenrechtsorganisationen dokumentieren ein beispielloses Blutbad.

Auch wenn Israel und die USA gezielt Mitarbeiter und Einrichtungen des Sicherheitsapparats angreifen und Trump zuletzt sogar Bodentruppen nicht ausgeschlossen hat – noch steht die iranische Bevölkerung Hunderttausenden schwer bewaffneten Regimekräften gegenüber. Die Diktatur hält sich an der Macht – auch dank eines riesigen Sicherheits- und Geheimdienstapparats. Sie hat über Jahrzehnte hinweg eine fein kalibrierte Überwachungsmaschinerie entwickelt, um die eigene Bevölkerung zu kontrollieren. Diese dürften die Schergen des Regimes auch jetzt nutzen, um jede Art von Widerstand zu brechen, jeden möglichen Aufstand direkt zu ersticken.

Dem SPIEGEL, dem ZDF, »Forbidden Stories«, »Le Monde« und der Non-Profit-Organisation »The Signals Network« wurde bereits einige Zeit vor Beginn des Krieges am Samstag Informationen aus einem Datenleak zur Zusammenarbeit Irans mit russischen Firmen zugespielt. Zudem konnte das Rechercheteam mit einem Insider sprechen, der Einblick in Irans Überwachungsmaschinerie hat. Wie er heißt und wo er genau arbeitet – all das darf an dieser Stelle nicht genannt werden. Er riskiert mit diesen Enthüllungen sein Leben.

Das Gespräch findet über einen verschlüsselten Videochat statt. Die Verbindung ruckelt kurz, dann erscheint sein Bild auf dem Bildschirm. Ein unscheinbarer Raum, weiße Wand, ein schlichter Schreibtisch. Keine Fenster im Bild, keine persönlichen Gegenstände. Nichts, was Rückschlüsse auf seinen Aufenthaltsort zuließe.

Er spricht langsam. Ruhig. Jedes Detail wirkt präzise gesetzt: »Das Regime hat eine Überwachungsmaschinerie konstruiert, der niemand mehr entkommen kann – weder jung noch alt, weder Mann noch Frau.«

Schon seit Jahren wird vermutet, dass Iran Gesichtserkennungssoftware einsetzt. Geleakte Videos, Verträge und Zertifikate, die der SPIEGEL und seine Partner einsehen und analysieren konnten, liefern nun erstmals einen handfesten Beweis.

Einige Videoaufnahmen zeigen Hunderte Bildschirme, über die Bilder von Überwachungskameras laufen. »Sie haben die Videoüberwachungssysteme live an mehreren U-Bahn-Stationen getestet«, sagt der Insider. Die Software könne in andere Datenbanken integriert werden, etwa die Polizeidatenbank. Auf den Aufnahmen sind Videowände zu sehen, die sich über mehrere Meter erstrecken. Man erkennt Straßenecken, enge Gassen, Parkplätze. Andere Aufnahmen zeigen Szenen von einer U-Bahn-Station in der iranischen Hauptstadt Teheran. Der SPIEGEL konnte lokalisieren, dass es sich dabei um den Bahnhof Panzdah-e Chordad unweit des großen Basars handelt. Dort hatten Ende Dezember Händler gegen den massiven Wertverfall der Währung gestreikt. Sie lösten damit die jüngste landesweite Protestwelle aus.

Die Überwachungskamera ist auf Drehkreuze gerichtet. Innerhalb von Sekunden laufen Dutzende Menschen durch den Bildausschnitt. Die Software fängt ihre Gesichter ein, grüne Quadrate umrahmen jeden einzelnen Passanten. Die Gesichter werden in Echtzeit gescannt – und können mit Datenbanken abgeglichen werden. »Es gibt viele Datensätze von guter Qualität, auf die das Regime Zugriff hat. Wann immer man einen Reisepass beantragt oder ein Bankkonto eröffnet, wird ein Foto gemacht, sodass automatisch alle diese Informationen verwendet werden«, sagt der Insider.

Das Programm hat zudem zahlreiche Filterfunktionen. Mehrere Videos zeigen, dass sich Personen nach äußeren Merkmalen sortieren lassen. Wählen Sicherheitskräfte eine Farbe aus, werden nur noch Menschen gezeigt, die in dieser Farbe gekleidet sind. Eine Voreinstellung reicht schon und schon werde blaue Hemden, Mäntel, Schals hervorgehoben.

Die Software hat auch einen Filter für verschiedene Emotionen. Mit einem Klick soll sie Menschen nach ihrem Gesichtsausdruck sortieren können. Ein Video zeigt, wie vermeintlich traurige oder ängstliche Personen herausgefiltert werden.

In einer weiteren Szene erscheinen Informationskästen über den Passagieren, die das Drehkreuz durchlaufen. Die Software kategorisiert, was sie zu erkennen glaubt: geschätztes Alter, mutmaßliches Geschlecht, Bart, Brille, Gesichtsausdruck. Sie stammt dem geleakten Material zufolge aus Russland, von der Firma NTechLab. Ein entsprechender Vertrag über den Einsatz der Software Findface ist auf August 2019 datiert.

Die Software gilt unter Experten als hochklassig, auch wenn sie vor allem bei der Einordnung, ob eine Zielperson wütend, neutral oder traurig aussieht, noch erhebliche Schwächen aufweist. Auch die geschätzten Altersangaben scheinen recht fehleranfällig.

In Russland wurde die Technologie während der Fußball-Weltmeisterschaft 2018 eingesetzt. In der Europäischen Union ist das Unternehmen mit Sanktionen belegt. Dabei geht es um seine Rolle bei Menschenrechtsverletzungen auf Grundlage von Überwachung.

Der Insider zählt auf, wozu das Programm noch fähig ist. So könnten gezielt Daten aus sozialen Medien erfasst werden. Auch sei es möglich, Verbindungen zwischen einzelnen Personen sichtbar zu machen und so gesamte Netzwerke zu enttarnen. »Es geht schon lange nicht nur um Gesichtserkennung«, sagt der Insider, »Sie werten alles aus: Textnachrichten, Telefonanrufe, E-Mails. Jede Form der Kommunikation wird aufgezeichnet.« Ein Ziel der Software sei es, nicht nur einzelne Personen zu identifizieren, sondern auch gleich, mit wem sie kommunizieren, mit wem sie sich bewegen, in welchen Kreisen sie verkehren.

Die Führung in Teheran setzt seit Jahren zunehmend auf Technologie als Instrument der Unterdrückung. Das Regime baut dafür seinen Überwachungsstaat immer weiter aus. Es greift auf Handy-Ortung und Kennzeichenerkennung zurück. Mit dem »Nationalen Informationsnetzwerk« wurde eine Art iranisches Intranet geschaffen. Die komplette digitale Kommunikation mit Behörden soll langfristig darüber

abgewickelt werden. Jeder Klick wird dabei überwacht. Hinzu kommen iranische Apps als Alternativen zu internationalen Angeboten wie YouTube, Telegram oder Uber, die wohl ebenfalls Informationen über Nutzer sammeln.

Zu einem Symbol der Unterdrückung sind die allgegenwärtig erscheinenden Sicherheitskameras geworden. Viele Plätze, Straßenkreuzungen und öffentliche Gebäude werden videoüberwacht. Aufnahmen, die Protestierende zeigen, die Kameras zerstören, haben sich zuletzt in sozialen Netzwerken verbreitet und nahezu ikonografischen Charakter erlangt.

»Wenn der Inhaber eines Geschäfts eine Sicherheitskamera installieren möchte, dann sagt die Regierung: Wenn du eine Lizenz dafür willst, müssen wir Zugang zur Kamera bekommen«, sagt Ahmad Ahmadian vom US-Thinktank Holistic Resilience. Die Lizenz bekomme nur, wer seine Aufnahmen in staatliche Netzwerke einspeise.

Wie engmaschig die Überwachung ist, zeigt der Experte am Beispiel der Verschleierungspflicht auf. »Das Regime hat Spitzel, die Fotos von Frauen aufnehmen, die zum Beispiel in Autos sitzen und ihren Hidschab nicht tragen. Die Fotos verschicken sie über eine eigens entwickelte App«, sagt er. Enthalten seien genaue Standortdaten. Das Regime wiederum verwende diese Orte und prüfe Handys, die über Telefonmasten in der Nähe eingewählt waren. Parallel versuchten Sicherheitskräfte durch Kameraaufnahmen, die Frauen zu enttarnen. Wenn eine Kamera Autokennzeichen erfasst habe, würden die Halter ermittelt. »Diese Information ist mit dem Personalausweis verbunden, also haben sie auch gleich eine Telefonnummer«, sagt Ahmadian. Eine SMS werde verschickt, »ganz automatisch«. Darin ein Hinweis auf den Gesetzesverstoß und die Warnung, dass bei Wiederholung das Fahrzeug beschlagnahmt werde. Manchmal gehe sie auch an die Väter der Frauen, um zusätzlichen Druck aufzubauen.

Nach den jüngsten Protesten mehren sich Berichte, wonach sich das Regime auch bei Demonstrationsteilnehmern per SMS meldet. Dem SPIEGEL liegt eine solche Nachricht vor: »Deine Mitgliedschaft in den Rängen feindlicher Gruppen mit dem Ziel, Menschen anzustacheln und die Sicherheit der Gesellschaft zu stören, gilt als

krimineller Akt«, steht dort. Man solle aufhören, an »illegalen Versammlungen« teilzunehmen. Absender ist laut Signatur der iranische Geheimdienst.

Mit Beginn des Krieges hat der Geheimdienst die Einschüchterungsversuche via Textnachricht offenbar noch weiter ausgedehnt und vorbeugend Drohungen verschickt. Berichten zufolge sollen viele Menschen in Iran am Sonntag, dem zweiten Kriegstag, eine Nachricht erhalten haben, in der der Geheimdienst vor der Teilnahme an Protesten warnt. Handlungen, die eine Störung der Sicherheit darstellten, würden mit »eiserner Faust« beantwortet, hieß es demnach.

Die Einschüchterungsversuche, das Blutvergießen Anfang des Jahres und die anschließend verschärften Repressionen wirken. Selbst in den eigenen vier Wänden trauen sich viele nicht, am Telefon offen zu sprechen. Das berichteten Menschen aus dem Land dem SPIEGEL bereits Ende Januar. Zum traurigen Alltag gehört auch die Übertragung von vermeintlichen Geständnissen im Staatsfernsehen.

Eine solche Szene verbreitet »Tasnim News«, das Sprachrohr der Revolutionswächter, am 16. Januar und schreibt dazu: »Echtzeit-Überwachung mit einer Drohne«. Zu sehen ist ein Mann vor einer weißen Wand, die Hände im Schoß, das Gesicht unkenntlich gemacht. Es ist eine Machtdemonstration des Regimes, das Geständnis höchstwahrscheinlich erzwungen.

Während der Mann spricht, werden Drohnenaufnahmen eingeblendet: Sie zeigen Demonstrierende, ein Müllcontainer brennt. Der »Geständige« sagt, er sei eigentlich nicht politisch. Auf Instagram habe ihn jedoch jemand dazu angezettelt, an den Protesten teilzunehmen. Er sei vermummt gewesen und habe gedacht, dass er so nicht erkannt und festgenommen werden könne.

In der gezeigten Drohnenaufnahme ist eine Person rot eingekreist. Ob der Mann auf der Straße derselbe ist wie jener, der später vor der Kamera spricht, ist unklar. Der SPIEGEL hat jedoch mit Menschen gesprochen, die den Einsatz von Drohnenaufnahmen bei der Verfolgung von Zivilisten bestätigen können.

Da ist Afrooz Maghzi, eine iranische Anwältin in Deutschland, die von hier Rechtshilfe leistet. Ihr gegenüber würden Aktivisten in Iran häufig visuelle

Überwachung durch Drohnen erwähnen. Gerade in kleinen Städten sei es leicht, Menschen anhand von Videoaufnahmen zu identifizieren, ganz ohne Algorithmen.

Und da ist Arya Ostadebrahimi, der 22-Jährige lebt mittlerweile im Exil in Europa. Während der Proteste im Herbst 2022 sei er in Mahabad, im Nordwesten des Landes, von einer Drohne verfolgt worden. Sei er stehen geblieben, hätte die Drohne es ihm gleichgetan und weiter gesurrt. Freunde hätten damals gar erzählt, dass Drohnen sie bis vor ihre Haustüren verfolgt hätten. Wer nach Hause ging, habe seinen Wohnort preisgegeben – und damit womöglich die ganze Familie in Gefahr gebracht.

Ostadebrahimi wurde in dieser Zeit von Regimekräften angeschossen. Er schickt Fotos, auf denen er am Boden liegt, sein linkes Bein übersät von Schrotverletzungen. Passiert sei das während der Gedenkzeremonie für einen getöteten Freund. In Iran ist die Teilnahme an Beerdigungen auch eine Form des Protests. Die Regimekräfte seien mit brutaler Härte gegen die Trauernden vorgegangen. Später habe er das Land verlassen, weil die Situation zunehmend bedrohlich wurde.

Ein Video aus jener Zeit zeigt Mahabad in der Abenddämmerung. Die Kamera zoomt heran. Zu erkennen ist eine Drohne – und sie fotografiert offenbar das Geschehen am Boden. In 21 Sekunden blitzt sie 21-mal auf. Ostadebrahimi ist überzeugt, dass er anhand eines Fotos von einer Kundgebung identifiziert werden konnte.

»Die Politik des iranischen Regimes gegenüber den Demonstranten hat sich dahingehend geändert, dass sie nicht mehr unbedingt sofort auf der Straße gegen die Demonstranten vorgehen«, sagt der Insider. »Sie verwenden Kameras, um ihre Gesichter aufzunehmen, und holen sie später einzeln ab.« Er beschreibt das System des Überwachungsapparats wie eine Zwiebel.

Im Inneren befindet sich demnach die Armee der Revolutionswächter, auf Persisch: Sepah-e Pasdaran. Die Sepah stellt weite Teile der Streitkräfte und kontrolliert das Raketenprogramm. Darüber hinaus hat sie großen Einfluss auf Politik und Wirtschaft. Die Revolutionswächter werden in den USA, Kanada, Australien und seit Kurzem auch innerhalb der Europäischen Union als Terrororganisation eingestuft. Im Überwachungsapparat treffen sie dem Insider zufolge die Entscheidungen.

In der nächsten Schicht seien Holdings, die die Aufträge vergeben und Zuständigkeiten verschleierten. Außen seien Hunderte Firmen, die um talentierte Programmierer werben. Die einzelnen Bausteine, die diese Firmen zusammentrügen, werden demnach schließlich wieder im Kern landen und dort zu einem Ganzen zusammengefügt. Viele Beteiligte wüssten nicht, wo ihre Bausteine eingesetzt werden.

Im Fall der Firma Rasadco, einem Vertragspartner des russischen Unternehmens NtechLab, konnte der SPIEGEL eine direkte Verbindung zu den Revolutionswächtern nachweisen. Geleakte Dokumente zeigen, dass der Firmenchef Mitglied der Sepah ist. Er ist demnach Teil des Heeres, mutmaßlich sogar der IT-Spezialeinheit.

Ein geleaktes Video aus den Räumlichkeiten des Unternehmens zeigt schmucklose Büros, geflieste Böden. Die Arbeitsplätze wirken improvisiert. Es ist die Kommandozentrale eines Technologieanbieters, der an der digitalen Aufrüstung eines autoritären Staates mitwirkt.

Dem SPIEGEL liegen zudem mehrere Verträge vor, die belegen, dass das Regime die Software FindFace nicht nur getestet, sondern aktiv eingesetzt hat. Etwa am Schrein des achten Imam in Maschhad, einem der heiligsten Orte im schiitischen Islam. Jahr für Jahr pilgern Millionen Muslime dorthin. Ein anderer Vertrag liest sich wie ein Bauplan für ein digitales Fahndungszentrum: detaillierte Vorgaben zu Serverkapazitäten, Festplattengrößen, Betriebssystemen. Das System soll auf das Erkennen von 100 Millionen Gesichtern ausgelegt werden. In Iran leben mehr als 92 Millionen Menschen.

»Alle Militär- und Geheimdienstbehörden haben Zugang zu dieser Software, vom Geheimdienstministerium bis zu den Milizen der Basidsch«, sagt der Insider und meint die Schläger- und Spitzeltruppe der Revolutionswächter. »Und sie sammeln und erfassen auch Daten über Menschen außerhalb Irans, Aktivisten und anderer.«

Ob die Hightech-Überwachung das Überleben des Regimes noch lange wird sichern können, ist unklar. Mit dem Tod des Obersten Führers Ajatollah Ali Khamenei erlebt das Herrschaftssystem der Islamischen Republik eine Zäsur. Doch scheint es, als wäre das Regime vorbereitet gewesen. Der Krieg könnte sich noch Wochen hinziehen – mit ungewissem Ausgang.

»Meiner Meinung nach ist es für die Menschen in Iran viel schwieriger geworden, sich zu erheben«, sagt der Insider in dieser Woche. Mit Blick auf das Regime ergänzt er: »Ich glaube, dass sie unter diesen Umständen niemandem Gnade zeigen werden, insbesondere nachdem ihr Anführer getötet wurde. Sie kämpfen jetzt ums Überleben.«

All das Wissen um den Überwachungsapparat des Regimes laste schwer auf seinem Gewissen. »Ich möchte, dass ausländische Regierungen Stellung beziehen und Druck auf die iranische Regierung ausüben, damit sie die heimliche Gesichtsüberwachung der iranischen Bevölkerung unverzüglich einstellt.« Keine Regierung sollte die Möglichkeit haben, ihre Bürger stillschweigend und ohne Rechenschaftspflicht zu überwachen. Er riskiert, dass die Schergen des Regimes auch ihn eines Tages finden. Auf seinen Verrat steht in Iran die Todesstrafe.